Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 3500 M, wöchentlich 900 M, durch Boten bezogen 3600, bei Postbezug 3600 M (ohne Bestellgeld). Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 150 M, Sonnabends 225 M. Alle Preise freibleibend. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird k. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der 8gespaltene Millimeter Zeilenraum 100 M und der 3gespaltene Millimeter Reklamezeilenraum 400 M. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 200 M in Zahlung genommen. Ziffergebühr 100 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenschluß vormittags 10 Uhr. Belegnummer wird besonders berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger) Herausgeber Ludwig Baltz).

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 103. Donnerstag, den 3. Mai 1923. 163. Jahrgang.

Der Inhalt der deutschen Note.

Paris lehnt ab. — Pessimismus in London. — Eine Kanzlerrede.

Das Angebot.

Berlin, 2. Mai. Die deutsche Note, die heute gleichzeitig in Washington, Brüssel, Paris, London und Tokio überreicht wurde, betont eingangs, daß die Fragen des Wiederaufbaues, der wirtschaftlichen Gesundung und des Friedens Europas

nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung

gewährt werden könne. Die im Widerspruch damit erfolgte Ruhrbesetzung habe die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die deutsche Regierung habe sich entschlossen,

nochmals einen Lösungsversuch

zu machen, **ohne ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben**, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erfolgt sind.

Die Note führt dann aus, daß es bei der gegenwärtigen Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen endgiltigen Ziffern abzuschätzen. Wegen dieser Unmöglichkeit muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten. Größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln könne Deutschland für die nächste Zeit nicht aufbringen und bedürfe deswegen auswärtiger Anleihe, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredites zur Voraussetzung hat. Zur Einklang mit dem Grundgedanken ihres Planes für die Pariser Januarkonferenz macht die deutsche Regierung daher

folgende Vorschläge zum Reparationsproblem

und den damit verbundenen politischen Fragen.

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands

zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf

30 Milliarden Goldmark festgesetzt

die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf dem internationalen Goldmarkt aufzubringen sind.

1. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheertrag entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beaufsichtigenden Fonds sichergestellt. So weit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihe aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgeschriebenen Terminen im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll

eine unparteiische internationale Kommission

darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist.

Die gleiche Kommission soll im Juli 1923 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsleuten, in dem Deutschland **gleichberechtigt** vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung, sowie einem Obmann, um dessen Ernennung falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Regierung sei überzeugt, so führt die Note weiter aus,

bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit,

nach der durch die Ruhrbesetzung verursachten weiteren Störung und Schwächung der deutschen Volkswirtschaft gegangen zu sein. Sie habe ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt. Kein Unbefangener könne zu höheren Schätzungen gelangen. Sollte diese Auffassung von der andern Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen

internationalen Kommission

zu unterbreiten.

Hinsichtlich der Garantien betont die Note, daß der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Länder nach dem Versailler Vertrag haftbar sind und daß im Wege der Verhandlungen festzustellen ist, wie für den Anleihedienst diese Haftung konkret zu gestalten ist, und welche Garantien im einzelnen zu bestellen sind. Auf gesetzlichem Wege soll

die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Sicherung

des Anleihedienstes herangezogen werden. Die Sachleistungen sollen durch langfristige Privatverträge unter Ausbedingung von Vertragsstrafen geschehen.

Die Note beschäftigt sich sodann mit der Frage der

Stabilisierung der deutschen Währung

und der Ordnung des Reichshaushaltes und verweist auf die Notwendigkeit einer **Beendigung der Pfänder- und Sanktionspolitik**, wie der Befreiung Deutschlands von unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln, wodurch auch die Einheit der Verwaltung für das gesamte Süddeutschland und dessen wirtschaftliche Gleichberechtigung wiederhergestellt werden sollen. Im Interesse gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit soll in privatwirtschaftlichen Verträgen die Grundlage für den gesicherten Austausch von lebenswichtigen Waren zwischen den beteiligten Ländern geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere der Abschluß langfristiger privatwirtschaftlicher Verträge über die Lieferung von Kohle und Koks. Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung wie sie auch mit ihrer Anregung zum

Abschluß eines Rheinpaktes

bekunden wollte, zu jeder friedensichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht.

Insbesondere erklärt sich Deutschland zu Vereinbarungen über Schiedsgerichte in allen Streitfragen und über Vergleichsverfahren nach dem Muster der Briandschen Verträge bereit. Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß

innerhalb kürzester Frist der Status quo ante wiederherzustellen ist.

Dazu gehört, daß nun die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Aemter zurückgegeben werden.

Die französische Regierung lehnt ab.

Das Angebot keine Verhandlungsbasis.

Paris, 3. Mai. Kurz nach der Bekanntgabe der deutschen Vorschläge wurde am Mittwoch nachmittag bereits am Quai d'Orsay Auskünfte über die Haltung der französischen Regierung zu diesen Vorschlägen abgegeben. Der Inhalt dieser Ausführungen deckt sich vollständig mit der ablehnenden Kritik der Pariser Abendpresse. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erklärungen Poincares sowohl in den letzten Londoner und Pariser Konferenzen wie auch bei den verschiedenen Ansprachen aus Anlaß besonderer Gelegenheiten ein Programm darstellen, von dem Frankreich nicht abweichen werde. Die deutschen Vorschläge selbst, abgesehen von ihren Einzelheiten und namentlich den in ihnen enthaltenen Ziffern, verlangten eine Aufrechterhaltung des bis zu dem Moment der Ruhrbesetzung beobachteten Zustandes, wobei die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen ausschließlich von Deutschlands eigenem guten Willen abhing. Diesen Zustand, den Frankreich drei Jahre hindurch geduldet habe, wolle es nach den Erfahrungen, die es darin machte, auf keinen Fall wiederhergestellt sehen. Entsprechend den Brüsseer Beschlüssen werde Frankreich handeln. Was es anbelange, die Ruhr zu räumen, müsse der Grundsatz sein: Zug um Zug gegen die deutschen Zahlungen, da nur in diesem Falle angenommen werden könne, daß Deutschland ein Interesse daran habe, Zahlungen zu leisten. Da die deutsche Note in diesem entscheidenden Punkte Frankreich widerspreche, **so sei sie auf jeden Fall als Grundlage weiterer Verhandlungen unbrauchbar.** Diese Erklärung wurde hier gegeben, ohne daß mit einem Worte

Siedlung und Produktion.

Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation schreibt uns:

„Daß die Siedlung keineswegs, wie häufig behauptet, zu einer Verminderung der Produktion zu führen braucht, lehren Erfahrungen, die in Schlesien gemacht worden sind. Ein derartiges Siedlungsgut produzierte im Sommer 1920 bei der Uebernahme von Siedlungszwecken an Roggen 4,95 Zentner pro Morgen, wogegen die Ansiedler im Jahre 1922 durchschnittlich 10,55 Zentner pro Morgen erzielten. Für Gerste lauten die Zahlen 8,87 gegen 11,38 Zentner, für Hafer 8,50 gegen 8,52 Zentner, für Kartoffeln 75,30 gegen 121,05 Zentner, für Futterrüben 177,09 gegen 216 Zentner. Die Reichsdurchschnittszahlen für 1922 betrugen Winterroggen 8,85 Zentner, Gerste 7 Zentner, Hafer 6,28 Zentner, Kartoffeln 77,2 Zentner, Futterrüben 157,75 Zentner. Für Schlesien lauteten die Durchschnittsergebnisse für Winterroggen 6,5 bis 7 Zentner, für Kartoffeln 85—90 Zentner. Sowohl am Reichs- wie am Provinzialdurchschnitt gemessen hatten also die Ansiedler eine gute Ernte aufzuweisen.

Selbstverständlich liegt diese Möglichkeit nur dort vor, wo das Siedlungsgut planmäßig nach Produktionsgesichtspunkten sowohl während der Zwischenwirtschaft des Siedlungsunternehmens, als auch von den Ansiedlern bewirtschaftet wird. Statistisch nachweisbar ist, daß die günstigen Betriebsergebnisse von den Ansiedlern sehr schnell in Betriebskapital umgesetzt wurden. So haben z. B. die Ansiedler des vorerwähnten etwa 2000 Morgen großen Gutes den Pferdebestand in zwei Wirtschaftsjahren um 16 Stück, den Rindviehbestand um 101 Stück gesteigert, 7 Drillmaschinen, 6 Düngerstreuer und 6 Kultivatoren wurden im Laufe d. Js. angeschafft. Es folgt ohne weiteres, daß solch eine Siedlung nicht nur dem allgemeinen Volksinteresse, sondern insbesondere auch den Produktionsnotwendigkeiten durchaus genügt."

In gewissem Sinne könnte man die oben gegebene Darstellung als einen Trugschluß bezeichnen, nämlich dann, wenn dadurch bewiesen werden sollte, daß Kleinbetriebe grundsätzlich und allgemein rentabler wirtschaften als Großbetriebe. Diese Frage ist ja außerordentlich umstritten und wird schwer zu einer Klärung gebracht werden können. Die Tendenz, in diesen Streit erneut einzugreifen, scheint uns aber der wiedergegebenen Zuschrift auch völlig fern zu liegen. Zu einer objektiven Beurteilung der statistischen Angaben muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Reichsdurchschnittszahlen aus naheliegenden Gründen die tatsächlichen Verhältnisse schlechter darstellen, als sie wirklich gewesen sind. Eines ergibt sich freilich aus den obigen Zahlen, nämlich, daß das Siedlungsgut vor der Besiedlung reichlich verwahrlost gewesen sein muß. Der Erfolg der Produktionssteigerung ist also nicht etwa auf die Aufteilung an sich zurückzuführen, sondern wäre aller Voraussicht nach in der gleichen Weise eingetreten, wenn anstelle der Unordnung in dem Großbetriebe eine geordnete Wirtschaft getreten wäre. Man darf außerdem einen ernährungspolitisch wichtigen Punkt nicht vergessen. Nach der Besiedlung sind in diesem Falle die absoluten Produktionsergebnisse sowohl erheblich gestiegen, dafür ist aber auch die Notwendigkeit entstanden, aus dem Boden des Siedlungsgutes eine infolge der Besiedlung bedeutend erhöhte Zahl von Menschen zu ernähren, d. h. die Zahl der Selbstversorger ist gestiegen. Leider läßt sich nach den obigen Mitteilungen nicht beurteilen, inwieweit etwa der Lebensmittelüberschuß des aufgeteilten Siedlungsgutes sich verändert hat.

Wie auch die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation zugibt, enthält ihre Mitteilung keinen allgemeingültigen Beweis dafür, daß der Siedlungskleinbetrieb dem Großbetriebe überlegen ist. Ob dieser Beweis aber überhaupt jemals wird erbracht werden können, ist doch bis zu einem gewissen Grade unerheblich. Denn die Siedlungsbestrebungen gehen ja nicht auf ernährungspolitische Bedürfnisse zurück, sondern auf bevölkerungspolitische und soziale. Und es kommt bei der praktischen Durchführung der Siedlung lediglich darauf an, daß auch die ernährungspolitischen Interessen unserer Volkswirtschaft gebührend berücksichtigt werden. In der Regel werden ja zu Siedlungszwecken nur solche Güter aufgeteilt, die jedenfalls nicht als Musterbetriebe anzusprechen sind. In der Produktionsfrage sind die Siedlungsförderer jedenfalls nicht „Angreifer", sondern es kommt ihnen nur darauf an, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß die Siedlung die Produktion zurückbringt. Es genügt ihnen also durchaus, den Beweis zu erbringen, daß die von den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften gegründeten Siedlerstellen im einzelnen Fall mehr produzieren, als das Gut, auf dem sie gegründet wurden, vor der Aufteilung produziert hat. Deshalb vergeudet man ja auch stets in der Hauptsache die Produktionsergebnisse desselben Gutes vor und nach der Aufteilung, wie dies oben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230503-17/fragment/page=0001

geschehen ist. Insoweit schließen wir uns der Auffassung an, daß die Berechtigung der Siedlung auch vom produktionstechnischem Standpunkte schon damit erwiesen ist, wenn sie relativ günstigere Resultate liefert.

dabei auf die Haltung der anderen Mächte, namentlich Englands, Bezug genommen worden wäre. Der Standpunkt der französischen Regierung scheint demnach festzustehen und unbeeinflußbar zu sein. Auf die Frage, ob Frankreich auf die deutsche Note eine Antwort geben werde, wurde erwidert, daß darüber noch nichts bekannt sei.

Pessimistische Auffassung in London.

London, 3. Mai. Obgleich die Blätter am Mittwoch noch keine Besprechung der deutschen Note gebracht haben, stellen sie übereinstimmend fest, daß die Hoffnung auf Annahme der deutschen Vorschläge durch die französische Regierung außerordentlich gering sei. Nach dem „Evening Standard" steht es fest, daß die kommenden Verhandlungen zu nichts führen werden. **Das Blatt sieht voraus, daß die französische Herrschaft im Ruhrgebiet jetzt stärker als je werde.** Die Verhaftung Krupps sei erst ein Anfang. Wenn man Krupp insGefängnis werfe, so sei das dasselbe, als wenn man in England den Lord Cardway und einige andere Magnaten verhaftete, nämlich ein wilde Herausforderung der öffentlichen Meinung.

Freundliche Aufnahme in Italien.

Rom, 3. Mai. In römischen Kreisen wird die deutsche Note trotz gewisser Formmängel als geeignet für eine Verhandlungsbasis bezeichnet. Die „Tribuna" stellt fest, daß die römischen diplomatischen Kreise augenblicklich Reserve gegenüber der deutschen Note beobachten. Diese Reserve sei klar, da die Note zur Zeit einer ausführlichen Prüfung unterliege. Der „Mattino" erklärt, die deutsche Note nähere sich, von der Ziffer abgesehen, dem Projekt, das Italien in London vorlegte. Italien wolle Deutschland nicht ruinieren, aber auch nicht sich selbst. Der Pariser Botschafter, Baron Ofezzano, ist in Rom angekommen und hat mit Mussolini konferiert.

Die deutsche Note in Brüssel.

Paris, 3. Mai. Die deutsche Note ist am Mittwoch nachmittag in Brüssel überreicht worden. Die belgische Regierung erklärte, daß sie nach Rücksprache mit der französischen Regierung auf die Note antworten werde.

Der Eindruck der Note in Berlin.

Die politische Beurteilung der Note der Reichsregierung in Berliner politischen Kreisen ist nach dem „Tag" folgende:

Die Reichsregierung hat bei der Abfassung der den alliierten und assoziierten Hauptmächten übergebenen Note in ganz besonderem Umfange freie Hand gehabt. Weder die Oeffentlichkeit noch parlamentarische Kreise haben vorher die Frage erörtert, ob die Antwort auf die Rede Lord Curzons, die natürlich von Deutschland aus erfolgen mußte, in Form einer Note oder in Form einer Rede des Reichskanzlers oder des Außenministers im Reichstage gegeben werden sollte. Wenn man die jetzt der Oeffentlichkeit übergebene Note durchliest, hat man den Eindruck, daß es besser gewesen wäre, wenn der Regierung rechtzeitig der Rat gegeben worden wäre, auf die Rede Lord Curzons nicht in Form einer Note zu antworten. Rein äußerlich betrachtet, erleben wir jetzt die Tatsache, daß der schillernden und doch wieder in ihren Einzelheiten vorsichtig und geschickt formulierten Rede Lord Curzons, die nur ein Teil der bewegten internationalen Diskussion über das Ruhrproblem war, eine deutsche Note gegenübergestellt ist, die man am besten als „Notarielles Protokoll der Beratungen der Reichsregierung über die Lösung der Reparationsfrage" bezeichnen kann, und die schon in ihrer äußeren Form die Regierung auf eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen von vornherein festlegt.

Aus diesem Grund erklärt es sich auch wohl, daß die Vorschläge der Regierung selbst nicht die präzise und endgültige Form haben, die eigentlich schon deshalb hätte gestellt werden müssen, weil Deutschland das letzte Angebot gemacht hat, das überhaupt möglich ist, und weil jede Ungenauigkeit sofort die Gefahr heraufbeschwört, daß bei eventl. Verhandlungen neue Kompromisse von Ententeseite vorgeschlagen und schließlich von Deutschland angenommen werden.

Hinzu kommt, daß der reichlich trockene Ton der Note gerade die wichtigen allgemein politischen Gesichtspunkte zurücktreten läßt, obwohl die Regierung selbst gerade die Hinsicht dieser allgemeinen Gesichtspunkte auf dem besten Wege war. Man muß erst mühsam zwischen den Zeilen der Note herauslesen,

daß die Regierung nicht etwa nur ein bestimmtes Verhandlungsangebot mit der sicheren Hoffnung gemacht hat, daß man nun auch bald am Verhandlungstisch sitze, sondern daß sie in erster Linie die internationale Diskussion bis zu jenem Punkte hat fortführen wollen, an dem sich Frankreich endgültig entscheiden muß, ob es eine Politik der Gewalt oder eine Politik der Verständigung oder, praktisch gesagt, ob es

Reparationen oder Sanktionen

will. Die Note ist, wie in politischen Kreisen besonders betont wird, in Wirklichkeit als Anfrage an Frankreich gemeint und zwar als eine Anfrage, auf die Frankreich keine ausweichende, sondern eine bestimmt und damit für das Schicksal Europas entscheidende Antwort geben soll.

Der zweite Punkt, der in politischen Kreisen nicht gerade volle Zustimmung findet, ist die Form, in der die **Garantiefrage** behandelt ist. Man hatte allgemein erwartet, daß die Regierung deutlich die berechtigte Forderung aussprechen würde, daß mit Rücksicht auf die Garantiefrage erhebliche Teile des deutschen Staatsbesitzes aus der Generalhypothek der Reparationskommission befreit werden müßten, zumal für diese Generalhypothek kein Grund mehr besteht, wenn die internationale Anleihe zustande kommt. Dieser Punkt ist in der Note zu allgemein behandelt. Statt dessen aber ist ein wichtiger Satz über die Garantie der Privatwirtschaft in einer Form aufgenommen, die leider nicht so klar ist, daß von vornherein jeder Zugriff der Entente in den deutschen Privatbesitz ausgeschlossen wäre.

Schließlich vermißt man allgemein in politischen Kreisen in der Note die berechtigte Forderung einer **Vergütung der durch Frankreich im Ruhrgebiet angerichteten Schäden.** Dieser Gedanke der französischen Reparationszahlung an Deutschland ist in parlamentarischen Kreisen so allgemein verbreitet, und würde sicher auch in der ganzen Welt so viel Anklang gefunden haben, daß die Regierung gerade auf diesem Wege den selbstverständlichen Unterschied zwischen der deutschen Leistungsfähigkeit im Januar und der deutschen Leistungsfähigkeit von heute am besten hätte klarstellen können.

Der Kommentar des Reichskanzlers zur deutschen Note.

Berlin, 2. Mai. In der heutigen Sitzung der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten gab der Reichskanzler Dr. Cuno die deutsche Note mit Ausführungen bekannt, in denen es u. a. heißt:

Heute wird den Mächten eine Note übergeben werden, die den Standpunkt der Reichsregierung zur Reparationsfrage und zur Frage der Befriedigung Europas präzisiert. Damit geschieht ein Schritt, der ungewöhnlich ist, weil er von einer Macht mitten im kraftvollen und einmütigen Abwehrkampfe getan wird, ohne daß die Haltung des Gegners dazu Veranlaßung gibt, ein Schritt von ungewöhnlicher Bedeutung, weil von seinem Gelingen die friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich und darüber hinaus in Europa in den weltwirtschaftlichen Beziehungen sowie die Abkehr von einem System des Hasses und der Feindschaft und der Rechtsbeugungen abhängt, ein Schritt, der dem Wiederaufbau dienen soll, **während sein Mißlingen fortdauernde Verschärfung des Abwehrkampfes und die Vernichtung der letzten für die Reparationen bereitzustellenden Mittel und Reserven bedeuten und für beide Teile innere Belastungen und Erschütterungen auslösen kann, die für Europa und die Welt voller Gefahren sein würden.**

In der einmütigen Erkenntnis, daß von der Reichsregierung alles geschehen ist, um den Rechtsbruch der Ruhrbesetzung zu verhüten, hat das deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien und Stände zur Waffe des passiven Widerstandes gegriffen und es hält diese Waffe auch heute noch in starken und treuen Händen, ohne daran zu denken, sie erlahmen zu lassen. Die Reichsregierung ist nicht müde geworden, alle Wege zu gehen, die irgendwie Aussicht boten, um zusammen einer Lösung des Konfliktes näher zu kommen. Sie hat dabei erkennen lassen, daß nichts sie veranlassen kann, den Weg des Diktates, des Ultimatums oder gar der freiwilligen Annahme unerfüllbarer Bedingungen zu beschreiten. Das geschah, weil der Vorwurf, daß die Zusagen nicht gehalten worden seien, nicht wiederkehren darf, weil Deutschlands Leistungen und Ansehen in der Welt wiederhergestellt werden soll. Daraus folgt zugleich, daß die Reichsregierung

kein Angebot der Unterwerfung

oder der Aufgabe des passiven Widerstandes machen kann, wie es von Frankreich gefordert wurde und vom ganzen deutschen Volke abgelehnt wird.

Was wir in der Note vorgeschlagen haben, hält sich grundsätzlich im Rahmen der bisher ergangenen Anregungen. Was die Reparationssumme anbelangt, so haben wir erneut den Versuch gemacht, zahlenmäßig eine Abgrenzung für unsere Verpflichtungen zu finden. Dieser Versuch war schwieriger als jemals zuvor auf einer Grundlage, die vor allem in der fortgesetzten und nicht berechenbaren Wertverminderung im besetzten und Einbruchsgebiet und demzufolge für die gesamte Wirtschaft besteht. Wir haben erneut, wie es auch der Außenminister im Reichstage angedeutet hatte, als

Ausgangspunkt der Verhandlungen die 30 Milliarden Goldmark

gemacht, die durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Wir konnten das tun, ohne gegen unser Gewissen zu verstoßen, weil die Rückwirkung der Minderung unserer wirtschaftlichen Kräfte, unserer Leistungsfähigkeit und der dauernden Schäden ihren Ausgleich finden müssen und sich automatisch in den Anleihen des internationalen Kapitalmarktes und in dem unserem Angebot angefügten elastischen Formen auswirken müssen. Die Notwendigkeit der Erholungsfrist eines Moratoriums von vier Jahren ist organisch dadurch eingebaut, daß die Zinszahlungen der ersten vier Jahre dem erzielten Anleihebetrage entnommen werden sollen. Die Schuld von 30 Milliarden wird auch, wenn wir die vier Jahre benutzen, mit ganzer Kraft dem Wiederaufbau unserer Finanzen und der Wirtschaft zu fördern, schwer auf uns lasten.

Die Sachlieferungen, soweit sie durch den Einbruch unterbrochen waren, sollen wieder aufgenommen und ihr Gegenwert auf unsere Schuld angerechnet werden. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß kein Unbefangener, der die Schmälerungen der Produktionsbasis Deutschlands und die Verminderung seiner Vermögenssubstanz durch die bereits bewirkten großen Leistungen berücksichtigt, Deutschlands Leistungsfähigkeit höher einschätzen kann, als unser Angebot es tut. Wir wollen unter allen Umständen, daß das, was wir zusagen, auch erfüllt wird, und so sind wir bereit, für die Beträge, die wir im Anleihewege erhalten, jedwede wirtschaftliche Sicherheit zu leisten. Wir wollen und wir werden es durchführen, daß über die Objekte und Werte hinaus, die unter den Vertrag von Versailles fallen, auch die deutsche Wirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft, nicht nur die Industrie und die Landwirtschaft, sondern auch Handel und Finanzwelt mit ihren gesamten Kräften sich bereitstellen und zwar in konkreter, nötigenfalls im Wege der Gesetze formulierten Form, für die Sicherheit der Anleihen, die wir auf dem Weltmarkte erhalten.

Nur im Wege der Verhandlungen von Mann zu Mann kann gefunden werden, was den Anderen eine genügende Sicherheit zu sein scheint.

Wir wollen in der Erfassung, insbesondere der gesamten deutschen Wirtschaft alles tun und dabei mit der durch das Gesamtinteresse gebotenen Rücksichtslosigkeit vorgehen.

Der Betrag von 30 Milliarden Goldmark wird vielleicht der Welt zu gering erscheinen. Aber die Welt neigt dazu, zu vergessen, daß diese 30 Milliarden Goldmark gar nicht alles sind, was wir leisten. Man vergißt, was bisher an ungeheuren Leistungen bereits vom Reiche aufgebracht worden ist. Selbst während der Ruhrbesetzung und der Besetzung weiter deutscher Landesteile hat Deutschland in der Einlösung der belgischen Schatzwechsel das gehalten, was es zugesagt hatte.

Deutschland wird zur Abtragung der schweren Lasten nur fähig sein bei Wiederherstellung seines Kredits und seiner inneren finanziellen Ordnung. Dafür zu tun, was an uns liegt, sind wir alle entschlossen. Wir haben es bei dem Angebot einer Reparationssumme, die zahlenmäßig umgrenzt oder durch Sachverständige findbar sein soll, nicht bewenden lassen. Wir wissen, daß in Frankreich ein starker Wunsch zu einem Ausgleich wirtschaftlicher Interessen zwischen Frankreich und Deutschland besteht. Die deutschen Interessenten, insbesondere die Industriellen des Ruhrgebietes, waren jederzeit bereit, eine solche Verständigung herbeizuführen. Auch heute noch wird die deutsche Wirtschaft sich einer solcher Zusammenarbeit nicht entziehen.

Wir haben auch

die Frage der politischen Sicherheiten

für Frankreich und Deutschland nicht unerörtert gelassen. Wir hatten den Vorschlag gemacht, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten sollten, **für ein Menschenalter ohne Plebiszit keinen Krieg gegeneinander zu führen.** Um Frankreich Sicherheiten zu geben, sind wir zu jeder den Frieden sichernden Vereinbarung bereit, die auf **Gegenseitigkeit** beruht. Wir müssen, um zu einer Lösung der Reparationsfrage zu kommen, die Wiederherstellung des Status quo in dem Einbruchs- und altbesetzten Gebiet zum Ausgangspunkt unserer Vorschläge machen, wie sie auch von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gefordert wird. Zum Ausgangspunkt der Verhandlungen müssen wir weiter die Forderung machen, daß die Gefangenen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Aemter zurückgegeben werden.

Wenn ich die Auslassungen der französischen Presse betrachte, die fast so aussehen, als sollte die Tür zu Verhandlungen zugeschlagen werden, bevor sie geöffnet ist, so habe ich keine übertriebenen Hoffnungen, daß unser heutiger Schritt zu Verhandlungen führen werde. Aber wir hoffen auf die Erkenntnis der Welt, daß dieser Konflikt an der Ruhr ein Wahnsinn ist nicht nur für die Beteiligten, sondern zugleich für die ganze Welt schon wegen der Belastung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und der Behinderung im Wiederaufbau.

Und so senden wir die amtliche Mitteilung hinaus in der Hoffnung, daß sie zu Verhandlungen führe, zu vollkommen freien Verhandlungen, in denen wir mit aller Offenheit unsere Lage darlegen und uns zu Leistungen bekennen wollen, die bis an die Grenze unseres Könnens gehen. Wir senden sie aber auch in dem Willen ab, daß unser Widerstand und unsere Abwehr, solange der Einbruch uns dazu nötigt, weiter fortgesetzt werden wird, damit wir das Vaterland unseren Kindern erhalten.

Zum Schlusse richtete der Reichskanzler die Aufforderung an die Ministerpräsidenten zur Zusammenfassung aller Kräfte in den Ländern des Reiches.

*

Wie das „Berliner Tageblatt" hört, hat Reichskanzler Dr. Cuno am Mittwoch Abend einen kurzen Erholungsurlaub angetreten, den er in Freudenstadt im Schwarzwalde zu verleben gedenkt.

Vertrauensvotum des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei für Stresemann.

Berlin, 2. Mai. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat am 2. Mai zu eingehenden Verhandlungen über die gesamte politische Lage zusammen und faßte nach einem Bericht der Reichsverbände einstimmig folgende, von den Herren Burger-Ludwigshafen, Dahn-München, Gildemeister-Berlin, Hembeck-Lüdenscheid, Galle-Biederich, Leidig Berlin, Langrede-Frankfurt, Moldenhauer-Köln und Wenzel-Minden eingebrachte Entschließung:

„Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei billigt ohne Ausnahme die von der Reichstagsfraktion und ihrem Vorsitzenden Dr. Stresemann vertretene Politik der Unterstützung des Kabinetts Cuno. Der Reichsausschuß erblickt mit Genugtuung die von der Reichsregierung entwickelte Aktivität in der äußeren Politik und unterstützt die Politik des Kabinetts, welche die Ehre des deutschen Namens wahrt, jeden Eingriff in die staatlichen Verhältnisse des besetzten Gebietes zurückweist und sich für die Souveränität und den territorialen Bestand des jetzigen Deutschen Reiches mit aller Schärfe einsetzt. Der Reichsausschuß steht einmütig hinter der Reichstagsfraktion und ihrem Führer Dr. Stresemann."

Die Devisenverordnung.

Berlin, 2. Mai. Die Reichsregierung hat auf Grund des Notgesetzes des Reichsrats die Entwürfe von Verordnungen über Maßnahmen gegen die Devisenspekulation und über Wechselstuben vorgelegt. Der erste Entwurf sieht weitgehende Beschränkungen für Markverkäufe im Ausland, Anmeldepflicht für Devisenverkäufe für Rechnung von Ausländern oder auf eigene Rechnung, gesetzliche Sicherheiten für das von der Reichsbank schon erlassene Verbot der Devisengeschäfte zu fordern, sowie die Absicht der Reichsbank vor, von jedermann Auskunft über Devisenbestände und Devisengeschäfte zu fordern, sowie die Ablieferung von wirtschaftlich nicht berechtigter Devisenbestände zu verlangen.

Der zweite Entwurf regelt die Konzessionierung der Wechselstuben und stellt sie unter besondere Aufsicht. Sobald der Reichsrat diesen im Einvernehmen mit der Reichsbank ausgestatteten Entwürfen zugestimmt haben wird, was voraussichtlich in wenigen Tagen der Fall sein wird, wird die Reichsbank von den für sie in Aussicht genommenen weitgehenden Befugnissen entsprechenden Gebrauch machen.

*

Wieder ein französischer Mord an der Ruhr.

Münster, 2. Mai. In Langenbochum bei Recklinghausen wurde in der Nacht zum 2. Mai der Bergmann Gwiesta von französischen Soldaten erschossen. Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Amerika will an den Reparationsverhandlungen teilnehmen.

Rotterdam, 2. Mai. Die „Times" melden aus Washington: Der Präsident hat den Senatoren durch Hughes mitteilen lassen, daß er die Union an Verhandlungen der europäischen Staaten über die Ruhrbesetzungsfrage und die Frage der endgültigen Regelung der Reparationen vertreten lassen wolle. Im Senat sind alle Anfragen an Harding, die die Ruhrbesetzung betreffen, zurückgezogen worden.

Abgewiesene türkische Forderungen in Lausanne.

Lausanne, 3. Mai. Die türkische Forderung, daß die türkischen Nachfolgestaaten vertraglich verpflichtet werden sollen, jeder türkischen Zurückziehung von Papiergeld mit einer entsprechenden Maßnahme zu folgen, ist am Mittwoch abgelehnt worden. Die Frage der Bezahlung der türkischen Kupons ist an die Sachverständigen zu erneuter Prüfung zurückverwiesen worden.

Foch in Kattowitz.

Breslau, 3. Mai. Am Mittwoch traf Marschall Foch in einem Sonderzuge in Kattowitz ein. Auf dem Bahnhof waren anwesend der Woywode, der Vizewoywode, der Eisenbahnpräsident, der Oberbürgermeister und Korfanty. Foch war von zahlreichen französischen und polnischen Offizieren und auch von polnischen Kriminalpolizisten begleitet. Er schritt die Ehrenkompagnie ab. Nach kurzem Aufenthalt fuhr der Sonderzug weiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230503-17/fragment/page=0002

Aus Stadt und Umgebung

Vom Theaterverein.

Als nächste Theateraufführung ist die Komödie „Scampolo" (Das Straßenmädel) von Nicodemi gewählt worden. Das Stück wird z. Zt. am Stadttheater Halle mit demselben großen Erfolge gegeben, den es auf allen größeren Bühnen Deutschlands sich errungen hat. Die Uraufführung fand am 7. Oktober 1921 im Theater an der Wien statt, wobei bekannte Schauspieler, wie Josef Jaeno, Magda Karmen, Valerie Martens, Heinrich Jansen u. a. Träger der Hauptrollen waren. Seitdem hat das Stück seinen Lauf wohl über fast sämtliche bedeutenderen Bühnen Deutschlands genommen und soll nun auch hier in der Halleschen Besetzung im Mai zur Aufführung kommen. Der Verfasser, ein Deutscher, hat es verstanden, in spannender, von köstlichem Humor und Satire durchzogener Handlung ein überaus wirksames Bühnenwerk zu schaffen, das Kultur und Natur in erfreischendem Gegensatz behandelt und in mancherlei Beziehung, ähnlich wie im „Konzert", zum Nachdenken herausfordert. Es wird sich wie in Halle auch hier viele Freunde erwerben. Als erste Aufführungstage sind der 11., 15. und 16. Mai in Aussicht genommen. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Die Spielzeit soll Ende Juni ihren Abschluß finden. Der Verein will, und zwar nur seinen Mitgliedern, nach Stampolo noch am 23. oder 24. Mai das geplante Flötenkonzert der Berliner Kammermusiker und dann eine Opernaufführung (Cavalleria rusticana und Bajazzi) bieten. Die Vereinsmitglieder werden gebeten zur Bereicherung des noch nicht vorhandenen Fundus entbehrliche Sachen wie Tische Stühle, Bilder, Vasen Decken usw. zu spenden. Auf der Bühne läßt sich ja mancherlei verwerten. Anmeldungen werden Poststraße 61 jederzeit entgegengenommen. Bei Herrn. Stadermann, Delgrube können die Sachen abgegeben werden. Der Vorstand weist darauf hin, daß diejenigen Personen, die ihre Mitgliedskarte auch jetzt noch nicht abgeholt haben nunmehr in der Liste gestrichen werden. Sie gehören damit dem Verein nicht mehr an und haben keine Rechte mehr an denselben.

Vandalismus.

Unvernünftige Menschen haben am letzten Sonntag und Dienstag in unserem Eichhornpark gewaltsam Blütenzweige von den Bäumen und Sträuchern heruntergerissen. Auch sind in letzter Nacht die Anlagen in der Meuschauer Straße arg beschädigt worden. Kürzlich sind diese Anlagen neu in Stand gesetzt und jetzt sind Pfähle herausgerissen, Drähte verbogen und dem Gebüsch durch Zertreten Schaden zugefügt worden. Die Uebeltäter sind in beiden Fällen entkommen. Wünschenswert wäre es, wenn derartige Frevler gefaßt und exemplarisch bestraft würden.

Bodelschwinghs Anstalten im Film.

Es war ein guter Gedanke der Halleschen Stadtmission, ihren in Halle mehrfach unter großem Zulauf aufgeführten Bethelfilm gestern auch einmal in Merseburg zu zeigen. Der Besuch war gut, freilich hätte man gewünscht, daß alle Merseburger die Gelegenheit benutzt hätten, dieses prächtige Werk sich anzusehen. Die Anstalten des Pastors von Bodelschwingh in Bethel bei Bielefeld sind eins der mächtigsten Zeugnisse für die Lebenskraft des Christentums in der Gegenwart. Das ist echte Nächstenliebe, das ist Christentum der Tat! Wo hätte jemals der Sozialismus oder der Montismus ähnlich Großes an Menschenliebe hervorgebracht? — Die Vorführung verlief in 5 Abteilungen: Bilder aus dem Leben der Epileptischen, der Diakonissen, der Diakonen, der Handwerksburschen und der Fürsorgezöglinge. Den begleitenden Vortrag hielt Diakon Theberat aus Halle, (selbst aus den Betheler Anstalten hervorgegangen), Einleitung und Schluß Pastor Winterberg von der Stadtmission Halle. Gesangsvorträge leiteten von einem Teil zum andern über. Der Gesamteindruck war ein tiefer und nachhaltiger.

Provinzialmissionsfest am 17. und 18. Juni in Merseburg.

Wie wir hören, wird Herr Missionsdirektor Kugk aus Berlin, der eben erst von seiner Reise aus China zurückgekehrt ist, den Hauptvortrag halten.

Vorauszahlung auf Umsatzsteuer bei pauschalierten Landwirten.

Die den pauschalierten Landwirten, welche für das Kalenderjahr 1922 gemäß Paragraph 91 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz von der Aufzeichnungspflicht befreit waren und im Jahre 1921 einen Umsatz von höchstens 40 000 Mark (nicht etwa 120 000 Mark) gehabt haben gewährte Vergünstigung, die zu leistenden Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer auf je ein Viertel des im Vorjahre (also 1921) gezahlten Steuerbetrages zu bemessen, ist in Fortfall gekommen. Der Reichsminister der Finanzen hat in seinem Erlaß vom 11. April 1923 angeordnet, daß nunmehr auch diese Landwirte die volle Vorauszahlung für die in den abgelaufenen Kalendervierteljahren vereinnahmten Entgelte zu zahlen haben. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf das im Benehmen mit den landwirtschaftlichen Spitzenverbänden aufgestellte Merkblatt über die Umsatzsteuerpflicht der Landwirte 2. Auflage F. 2, Absatz 3 wo es heißt: „Der Landwirt, der keine Bücher führt, muß für die Vorausmeldung die voraussichtlichen Entgelte schätzen. Auch der Eigenverbrauch ist für die Vorausmeldung zu schätzen. Dieses wird nicht schwer sein, da jeder Landwirt wohl stets im allgemeinen beurteilen kann, welche Erzeugnisse er aus dem Betriebe für seinen Privathaushalt entnommen hat. Die Vorauszahlungen sind stets ohne besondere Aufforderung des Finanzamtes innerhalb 4 Wochen nach Ablauf eines Kalendervierteljahres an die Finanzkasse zu zahlen, und zwar an günstigsten unter Benutzung der kostenlos übersandten Zahlkarten. Es ist jedoch genau zu beachten, daß auf der Rückseite der Zahlkarte, die gleichzeitig als Vorausmeldung dient, der vierteljährliche Umsatz, nach welchem die Vorauszahlung geleistet wird, und die Adresse des Absenders vermerkt wird.

Was alles geordnet wird.

Konferenzordnungen für die Berufsschulen, für Handelsschulen und höhere Handelsschulen sowie für Haushaltungs- und Gewerbeschulen für Mädchen hat der Handelsminister erlassen. Die Verhandlungen der Konferenzen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Die Ordnung für die Berufsschulen gilt auch für Handelsschulen und höhere Handelsschulen sowie für Haushaltungs- und Gewerbeschulen für Mädchen. Bei ihnen können aber nach Bedarf Klassenkonferenzen berufen werden, die wiederum besondere Aufgaben zugewiesen erhalten, während die Gesamtkonferenzen für Schulstrafen zuständig sind.

Deutsche Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.

Die Zahl der in diesem Jahre der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden ausländischen (polnischen) Arbeitskräfte wird voraussichtlich hinter der des Vorjahres zurückbleiben. Deutsche Kräfte, vor allem Burschen, sind dagegen vorhanden. Es empfiehlt sich deshalb für die Landwirte, möglichst schnell für die Einstellung deutscher Arbeitskräfte zu sorgen. Anträge auf Beschaffung deutscher männlicher und weiblicher Wanderarbeiter für Arbeitsstellen in der Provinz Sachsen und im Freistaat Anhalt nehmen auch in diesem Jahre die zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise entgegen.

Letzte Depeschen

Prüfung der deutschen Vorschläge.

London, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung wird sich gegenüber der Presse jeder Stellungnahme zum Deutschen Angebot enthalten bis das Kabinett in der Lage gewesen ist, die deutschen Vorschläge zu prüfen. Die diplomatischen Berichterstatter kündigen übereinstimmend an, daß bereits in den nächsten Tagen ein Meinungsaustausch zwischen den Alliierten über die deutschen Vorschläge stattfinden wird. Man gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Engländer vielleicht in der Lage wären, eine vorläufige schroffe Ablehnung durch Frankreich zu vermeiden, indem sie versuchen werden, Richtlinien für eine einheitliche Antwort der Entente an Deutschland aufzustellen.

*

London, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Reuter meldet aus Washington: Es besteht kein Anzeichen, daß das Staatsdepartement beabsichtige, eine Erklärung über die deutsche Note abzugeben. die sorgfältig geprüft werden wird. In maßgebenden Kreisen wird die Genugtuung darüber ausgedrückt, daß der Vorschlag auf Ernennung einer unparteiischen Kommission von Wirtschaftssachverständigen zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit erneuert worden ist.

Loucheur für Verhandlungen.

Paris, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) „Petit Journal" das Eigentum Loucheurs ist, wünscht, daß das deutsche Angebot, wenn auch nicht die Grundlage, so doch den Ausgangspunkt für Verhandlungen mit Deutschland bilden soll.

Eine englische Studienkommission für Deutschland

Berlin, 3. Mai. Wie der „Berl. Lokal-Anz." erfährt, weilte vor kurzer Zeit der Präsident des Deutschen Stahlbundes Generaldirektor Reusch von der „Gute Hoffnungs-Hütte" in London. Seiner Einladung folgend werden sich in den nächsten Tagen englische Politiker und Industrielle nach Deutschland begeben, um mit deutschen Industriellen die Wiederherstellungsfrage zu studieren.

Der heutige Dollarstand: 39000.

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtber.) Der Dollar notierte heute vorbörslich 37.500, mittags um 1 Uhr 38 500—39 000.

Mill?

Das alltägliche Rechnen mit Millionen hat die Notwendigkeit einer Abkürzung dieser Zahl ergeben. Das Reichspostministerium hat sein Bereich angewiesen, Beträge von vollen oder halben Millionen mit Hilfe des Zusatzes „Mill" anzugeben. 10 Mill für 10 000 000, 3½ Mill für 3 500 000. Die Abkürzung erhält aber keinen Punkt. Sie bringt auch die Gefahr, mit Mille verwechselt zu werden die noch heute von Kaufleuten viel für 1000 gesprochen wird.

Bauernregeln im Mai.

Georgus und Mark's bringen oftmals was Arg's, Philipp und Jakobe sind dann noch zwei Grobe: Pankraz, Mamerz, Servatz, das sind erst drei Lumpatz, oft Urbar gar ist streng fürwahr, auch Peter und Paul sind manchmal faul. — Zum 1. Mai muß sich ein Rabe, zu Johannis ein Knabe im Korn verstecken können. — Wenn St. Urban kein gut Wetter hält, das Weinfaß in die Pfütze fällt. — Mairegen auf die Saaten, dann regnet's Dukaten. — Bienenschwärme im Mai bringen viel Heu. — Kühle und Abendtau im Mai, bringen Wein und vieles Heu. — Nasse Pfingsten, fette Weihnachten! — Der Mai ist selten so gut, er setzt dem Zaunspfahl noch auf einen Hut. — Viel Gewitter im Mai, schreit der Bauer: juchhei! — Im Mai ein warmer Regen bedeutet Fruchtsegen. — Maikäferjahr, fruchtbares Jahr. — Kühler Mai, ist 'ne alte Regel, bringt viel Arbeit für Keller und Flegel. — Gibts der Eichenblüte viel, füllt sich auch des Kornes Stiel. — Wenn Kröten fleißig laufen, wollen sie bald Regen saufen.

\• \• \•

Goldene Hochzeit.

Besenitz, 2. Mai. Der Leiter der hiesigen Schneidemühle und Mühlenwerkmeister Wilhelm Patz feierte mit seiner Gattin im engeren Familienkreise das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Der Jubilarbräutigam ist Kriegsveteran von 1870/71.

Junghasen.

Aus dem Elstertale, 2. Mai. Von landwirtschaftlichen Arbeitern wurden schon mehrere Junghasen angetroffen. Die Tiere sind schon mehrere Wochen alt und gehören offenbar dem ersten Satz an. Es ist somit auf ein besseres Resultat der Hasenjagd zu rechnen als im vergangenen Jahre; da der erste Satz im gleichen Jahre selbst noch zu setzen pflegt. Die Befürchtung, daß der erste Satz wegen miserlicher Witterung verloren gegangen sei, scheint somit nicht zuzutreffen.

Großfeuer in der Dietrichschen Papierfabrik.

Weißenfels, 2. Mai. Nachts brach auf bisher nicht ermittelte Weise in einem Stroh- und Holzzubereitungsraume der neuen Papierfabrik Dietrich, in dem Holz- und Häckselvorräte lagen, ein Brand aus, der in wenigen Augenblicken mächtige Flammen entwickelte, an Strohvorräten reiche Nahrung fand und die ganze Fabrik schwer gefährdete. Die Fabrikfeuerwehr, die Freiwillige Feuerwehr, die Landfeuersprichen Markwerben und Burgwerben bekämpften die Flammen, bis endlich jede Gefahr beseitigt war. Der Schaden kann angeblich 150 Millionen Mark betragen. Die Häckel- und Holzhackmaschinen sind schwer beschädigt, das Wellblech und Papredach von den zwei ausgebrannten Räumen ist zusammengestürzt und fast vernichtet. Der Schaden ist versichert. Am Brandtage war Richtfest für den neuen Schornstein der Fabrik, den größten von Weißenfels, begangen worden.

Handel und Verkehr.

Devisen anziehend.

Berlin, 2. Mai. Etwas bessere Marknotierungen aus Newyork fanden ihr Echo in dem Anfangskurse für Dollars von 31 500. Bald setzte etwas lebhaftere Nachfrage ein und Dollars stiegen allmählich bis 33 000, um an der Nachbörse mit 33 500 gefragt zu bleiben. Polennoten 67.

Amtl. Berliner Wechselkurse vom 2. Mai.

Amsterdam 12 344,06—12 405,94, Kopenhagen 5960,06—5989,94, Stockholm 8428,87—8471,13, Rom 1561,08—1568,92, London 146 3833,12—147 116,88, Newyork 31 620,75—31 779,25, Paris 2159,58—2170,42, Zürich 5760,56—5789,44, Prag 972,56—977,44.

Effektenbörse stark steigend.

Berlin, 2. Mai. Die Hausse der Montagsbörse nahm im heutigen Freiverkehr ihren Fortgang. Von Montanaktien stellten sich Gelsenkirchen auf 200 000, Rombacher 61 000, Mansfelder 47 000, Laura 68 000, Phönix 135 000 Prozent. Rheinmetall wurden mit 43—45 000, WGG. mit 44 000, Siegen-Solinger mit 18 500, Daimler mit 19 500, Mannesmann mit 108 000 und Berger mit 26 000 genannt. Von Schiffahrtsaktien gingen um: Nordd. Lloyd mit 42 000, Packetfahrt mit 89—91 000. Im Zusammenhang mit der Steigerung der Devisen war auch die Nachfrage nach Valutenwerten recht stark bei ansehnlich erhöhten Kursen. Sloman stellten sich auf 100 000, Diamond auf 190 000, Salitrera auf 1 900 000, Krügerhall auf 40—42 000. Auch Petroleumwerte waren stark begehrt. Deutsche Petroleum 48 000, Erdöl 110 000. Von unnotierten Werten, die gleichfalls recht stark gesteigert wurden, stellten sich Adler Kohle auf 35 000, Brown Boveri auf 17 000, Benz Motoren auf 40 000, Muldenthal auf 7200, Staewer Auto auf 23 500, Ufa waren stark gesteigert auf 29 000, Chemische Zeitz auf 45 000. — Dollarschatzanweisungen waren im Zusammenhang mit der Aufwärtsbewegung des Devisenmarktes auf 29 775—30 500 befestigt. Türkische Zölle waren mit 50 000 Prozent gefragt, Becker Stahl wurden mit 27 000, Becker Kohle mit 23 000 genannt. Von Bankaktien stellten sich Oesterreichische Kredit stark befestigt auf 28 000. Wiener Bankverein auf 17 500.

Infolge des weiteren Anziehens der ausländischen Zahlungsmittel stiegen Dollarschatzanweisungen späterhin auf 31—31 500.

Hallesche Börse vom 2. Mai.
(Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.)

Hall. Bankver., alte 6200, Hall. Pfännerschaft 52 000, Riebeck Montan 210 000, Wersch.-Weißenfels 135 000, Ammendorf. Papier 30 000, Eilenburger Kattun 46 000, Eisenwerk Brühler 16 000, Halle Zimmerm., St. 11 000, Hall. Maschinenfabr. 75 000, Gebr. Jentsch 30 000, Glauziger Zucker 106 000, Körbisdorfer Zucker 55 000, Kyffhäuser-Hütte 17 000, Gottfried Lindner 30 000, Wegelin u. Hübner 16 900, Zuckerraffin. Halle 33 000, Halle-Hettstedt Lit. A 34 000, do. do. Lit. B 34 000.

Produktenmarkt.

Berlin, 2. Mai. Preise fest, Geschäft still, Produzenten zurückhaltend. (Nichtamtlich.) Drahtgepr. Weizenroggenstroh 19 000—21 500, drahtgepr. Haferstroh 16 500—18 500, bindf. gepr. Weizenroggenstroh 19 500—21 000, lose und geb. Krummstroh 15 0000—16 500, Häckfel 24—25 000, handelsübl. Heu 16 500—18 000, gutes Heu 19 500—21 000, Kokoskuchen 50—59 000, Biertreber 28 000, Treber 27 000, Haferschalen 24 000, Haferkleie 23 000, Strohmehl 18 000, Palmkernschrot 26 000 für 50 Kg. ab Verladeort.

Mittagsbörse: Amtlich wurden notiert per 50 Kg. ab Station: Weizen märk. 66—67 000, Roggen, märk. 56—57 000, pommerscher 56 500, schles. 56 000, Gerste Sommergerste, märk. 48—49 000, Hafer, märk. und pomm. 50 000, Mais loko Berlin 61 000, Weizenmehl per 100 Kg. frei Berlin 175—190 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl per 100 Kg. frei Berlin 145—156 000. Weizenkleie 30—31 000, Roggenkleie frei Berlin 30—32 000, Raps 110—115 000, Leinsaat 110—115 000, Erbsen, Viktoria- 88—92 000, kleine Speiseerbsen 68—73 000, Peluschken 65—70 000, Ackerbohnen 48—50 000, Wicken 68—70 000, Lupinen, blaue, 70—78 000, gelbe 95—100 000, Serradella 145—155 000, Rapskuchen 47—49 000, Leinkuchen 70—73 000, Trockenschnitzel 19—20 000, Torfmelasse 30/70 18—19 000, Kartoffelflocken 29 500—31 000.

Kartoffelpreise.

Die Berliner Kartoffelnotierungskommission notierte am 1. Mai folgende Preise: Speisekartoffeln, weiße und rote 2400, gelbfleischige 2700 Mark Erzeugerpreise ab märkischen Stationen.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 2. Mai.

Der Auftrieb betrug 1717 Rinder, 323 Ochsen, 521 Bullen, 873 Kühe und Färsen, 3215 Kälber, 1743 Schafe, 6474 Schweine, 96 Ziegen, 46 Memelschweine, 31 Memelrinder. Preise (in Tausenden von Mark). Ochsen: a) 270—280, b) 230—250, c) 180—200, b) 150—170; Bullen: a) 230—250, b) 200—220, c) 170—180, Kühe und Färsen: a) und b) 240—280, c) 190—210, b) 150—170, e) 110—130, Fresser 160—180, Kälber: b) 330—350, c) 250—290, b) 180—220, e) 150—1770, Schafe: a) 240—260, b) 180—220, c) 120—160, Schweine: b) 380, c) 380, b) 370—380, e) 350—360, f) bis 330, Sauen 350—370. Der Verlauf des Marktes war bei Rindern und Schafen ziemlich glatt, bei Schweinen glatt.

(Am 19. Mai (Pfingstsonnabend) fällt der Markt aus.)

Großhandelspreise in Leipzig im Verkehr mit dem Einzelhandel,

offiziell festgestellt durch die von der Handelskammer Leipzig eingesetzte Kommission des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels e. V. Berlin, Ortsgruppe Leipzig (die Preise verstehen sich für ½ Kg. ab Lager Leipzig). Kaffee, roh 10 500—15 000, Kaffee, geröstet 13 000—18 500. Getreidekaffee 950—1300, Korinthen, 1922er Ernte 5200—5800, Rosinen, 1922er Ernte 2700—4400, Sultaninen in Kisten 4900—6300; Mandeln, bittere 3000—5600, Mandeln, süße 7800—9500, Mandelersatz 3600—4800, schwarzer Pfeffer 5100—5300, weißer Pfeffer 6600—6900, Piment 3200—3400, Speiseöl 5000—5300, Heringe, gesalzen (in Orig.-To.) Schotten 340 000—380 000, do. Norweger 150—200 000, Gerstengraupen 1020—1100, Haferflocken, lose 1075—1150, do. in Paketen 1300—1400, Kartoffelmehl 675—725, Maisbuder 1250—1350, Maisbrockenstärke 1350—1400, Maisgrieß 950—1000, Weizenstärke 1650—1750, Reisstärke 1750—1850, glac. Tafelreis 1450—1700, Burma-Reis 1180—1230, Bruchreis 1020—1100, Hartweizengrieß 1450—1500, Weizengrieß 1200—1250, Weizenmehl 1050—1100, weiße Bohnen 1175—1300, Linsen 1450—1800, Speiseerbsen 1050—1425, Makkaroni 1900—2100, Eiernudeln 1900—2100, Schnittnudeln 1400—1550, Birnen, getr. 600—700, Pflaumen, getr. 1100—2200, Mohnsaat 2900—3200, Schweineschmalz 4900—5000, Margarine 4000—5000, Corned-Beef, 12/16 lbs. p. Kiste 215 000—220 000, Speck, gesalzen 4300—4800, Hirse 1350—1400.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: H. Kegler. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Batz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230503-17/fragment/page=0003

Die Falkner auf Lindenhöhe.

Roman von Reinhold Ortmann.

[71] **(Nachdruck verboten.)**

„Er wird kommen, dessen bin ich gewiß. Denn er ist dir nicht feindlich gesinnt. Nie hat er in Groll oder Haß von dir gesprochen."

„Nun also —— ! Ich werde ihn von sechs Uhr ab erwarten. Sollte er es ablehnen zu kommen, so wirst du mich benachrichtigen — nicht wahr?"

Gerda versprach es, und sie begehrte zu wissen, wie lange der Bruder in Tiefenbrunn zu bleiben gedenke.

„Das hängt von den Umständen ab. Vorläufig habe ich mir von meinem Blatte Urlaub unbestimmte Zeit geben lassen."

„So sehe ich dich also jedenfalls wieder. Denn auch wir haben noch über mancherlei zu reden, was jetzt in der ersten Stunde vielleicht besser noch unerörtert bleibt. Eines nur sage ich dir schon jetzt: ich werde nicht zugeben, daß du fortgehst, ohne dich mit dem Vater ausgesöhnt zu haben."

Er fuhr nicht auf, wie sie es insgeheim gefürchtet haben möchte. Er machte nur eine Handbewegung, als schöbe er etwas von sich fort.

„Darüber unterhalten wir uns später. Es ist jetzt nicht das Wichtigste. — Uebrigens höre ich von dem Amtsrichter, daß Germering noch keinen Anwalt hat. Er hoffe keines Verteidigers zu bedürfen, sagte er. Ich meine aber, daß ein tüchtiger Rechtsbeistand ihm schon jetzt von Nutzen sein könnte. Hälst du es für denkbar, daß Bennewitz seine Verteidigung übernimmt? Er hat in Strafsachen und besonders als forensischer Redner einen großen Ruf."

Traurig schüttelte Gerda den Kopf.

„Ich fürchte, daß er ablehnen würde. Auch der Vater gehört ja zu denen, die an Germerings Schuld glauben. Wäre es auch nur, weil er Signes Tod durchaus gesühnt sehen will. Es empört ihn, daß sie in den vier Wänden seines Hauses nicht sicher war vor dem Anschlag eines Verbrechers. Und er klammert sich an diesen dräßlichen Verdacht, nur um einen Schuldigen zu haben."

„Wie es scheint, hast du mit einem Mal eine recht geringe Meinung von dem Gerechtigkeitssinn des Vaters. Zu den Leuten, die blindlings urteilen, gehörte er sonst eigentlich nicht."

„Diesmal aber ist er nicht nur blind, sondern auch undankbar," erwiderte sie mit überraschender Heftigkeit. „Denn Germerings Scharfblick und seine Entschlossenheit haben ihm das Leben gerettet. Wir wissen es aus Professor Angermanns eigenem Munde."

„Dankbarkeit ist ein Faktor, mit dessen Einstellung man sich von vornherein jede Rechnung verdirbt. Auf so unsichere Bundesgenossen wird Germering sich hoffentlich nicht verlassen."

Gerda, die bisher wacker standgehalten hatte, weil sie sich vor dem Bruder nicht schwach zeigen wollte, war plötzlich am Ende ihrer Kraft. Schon zum Gehen bereit, brach sie mit einem Mal in Tränen aus.

„Ach, er hat hier ja überhaupt keinen, der sich auf seine Seite stellt," schluchzte sie. „Ihm, der so vielen geholfen hat, will jetzt niemand helfen."

Sie fuhr zusammen, denn sie fühlte unvermutet des Bruders schwere Hand auf ihrer Schulter.

„Steht es so um dich, Schwesterchen? Das ist freilich eine böse, eine sehr böse Geschichte."

Sie machte eine ungestüm verneinende Bewegung: aber sie ließ das Taschentuch nicht von den Augen.

„Ich weiß schon, was du vermutest. Aber es ist nicht so. Ich habe nur Mitleid mit ihm — weiter garnichts."

„Um so besser. Obwohl es bereits eine recht gefährliche Art von Mitleid ist, auf der ich dich da ertappt habe. Aber ich mische mich nicht ein. Du bist alt genug, um dein Herz selber in Acht zu nehmen. Nur in einem Punkte möchte ich dich noch berichtigen. Ich habe allerdings vorhin gesagt, daß ich Germering nicht helfen kann. Davon aber, daß ich ihm nicht helfen will, ist keine Rede. Er hat mehr als einmal neben mir als mein Sekundant auf der Mensur gestanden und hat manchen unkommentmäßigen Hieb aufgefangen, der mir zugedacht war. Wenn sich mir jetzt eine Gelegenheit bieten sollte, ihm Gleiches mit Gleichem zu vergelten, an meiner Bereitschaft soll es nicht fehlen."

Nun erst sah sie aus tränenmassen Augen zu ihm auf.

„Das ist gut von dir, Erich," sagte sie leise. „Ich glaube es ja selbst nicht, daß du etwas für ihn tun könntest. Aber wenn er wenigstens erführe, daß es noch einen Menschen gibt, der an ihn glaubt — —"

„Was hält dich denn ab, es ihm zu schreiben? Einen unverfänglichen Brief würde man ihm gewiß nicht vorenthalten."

„Ich?" wehrte sie erschrocken ab. „O, daran ist nicht zu denken. Daß ich mich um ihn sorge, darf er niemals erfahren — nie — nie!"

„Wunderliche Geschöpfe — ihr Weiber! Aber davon versteh ich eben nichts. Einstweilen gibt es für den armen Germering ja auch manches Wichtigere als das. Wirst du morgen wieder zu mir kommen, kleine Schwester?"

„Jeden Tag, wenn du willst. Ich freue mich ja, daß ich dich habe."

Es war ihr, als sei sie dem Bruder plötzlich so nahe gekommen wie nie zuvor, und ohne, daß er ihr etwas eigentlich Tröstliches gesagt hätte, nahm sie doch einen schwachen Hoffnungsschimmer mit sich fort.

Erich hatte ihr seine Begleitung nicht angeboten: aber bald nach ihr verließ auch er den Gasthof, um einen Spaziergang längs des Bahndammes und durch die Felder zu machen, bis er von der anderen Seite her die letzten Häuser von Tiefenbrunn wieder erreichte. Da lag auch der Friedhof, und da das Gittertor offen stand, trat er ein.

Der Weg zur Familiengruft der Falkner war ihm wohlvertraut, und der tempelartige Aufbau, der sie schmückte, grüßte ihn schon von Weitem. Er hatte kaum mit der Möglichkeit einer unerwünschten Begegnung gerechnet: aber als er sich dem Ziel seines Weges näherte, sah er, daß er nicht der einzige war, der an diesem Vormittag Frau Signes Grab besuchte. Auf der marmornen Bank, die im Halbrund die mit Steinplatten bedeckte Gruft umschloß, saß ein Parhäuptiger Mann, der etwas Weißes, anscheinend ein Skizzenbuch, auf seinen Knieen hielt, und der ersichtlich ganz in die Arbeit des Schreibens oder Zeichnens vertieft war. Da er sein Gesicht nicht sehen konnte, glaubte Erich erst, seinen Bruder Achim vor sich zu haben, und er beschleunigte seinen Schritt. Bald aber wurde er seines Irrtums inne. Diesen da kannte er nicht. Es war ein gut gekleideter Dreißigjähriger mit breiten Schultern und dichtem Haupthaar. Es war kein Zweifel mehr, daß er wirklich zeichnete. Er hatte das Näherkommen Erichs nicht bemerkt: denn er hielt in seiner Tätigkeit auch nicht ein, als der junge Tagesschriftsteller schon dicht hinter ihm stand. Ueber seine Schulter hinweg konnte der Scharfäugige das Blatt mit der anscheinend fast vollendeten Zeichnung überblicken.

(Fortsetzung folgt.)

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER HENKEL & Cie., DÜSSELDORF

Felle alle Sorten, sowie **Schafwolle** kauft zu höchsten Preisen!!

11 Grosse Sixtistr. 11

Aug. Ackermann.

Bleichsüchtige

trinken das altberühmte **Köstritzer Schwarzbier.** Dr. med. P. in P. schreibt: „Ich empfehle Köstritzer Schwarzbier sehr häufig Bleichsüchtigen und Blutarmen und habe stets gute Resultate erzielt. Das Bier ist bekömmlich und wird sehr gern getrunken." Aehnliche 4000 ärztliche Gutachten und Verordnungen innerhalb Jahresfrist weisen auf die ausgezeichnete Wirkung des Köstritzer Schwarzbieres für Kranke, Blutarme, Nervöse, Abgearbeitete und stillende Mütter hin. Auf keinem Familientische sollte es als tägliches Getränk fehlen.

Aufträge erbittet: **Carl Schmidt, Bierhandlung, Merseburg, Unterallenburg 10, Telefon 369; Bernhard Oelzschner, Bierhandlung, Merseburg, Obere Burgstraße 9, Telefon 374.**

Erhöhte Preise!

erhalten Sie nach wie vor für

Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Bücher, Weinflaschen, Felle Altmetalle usw.

nur bei

W. Prophet Nulandstraße 6. — Telephon Nr. 685 —

Ankaufsstelle: **4** Johannisstraße Grundstück Fr. Bönisch **4**

Bestellungen werden kostenlos abgeholt.

VEREINIGTE THEATER

Kammer-Lichtspiele Kl. Ritterstrasse 5. Tel. 529. — Modernes Theater Gr. Ritterstrasse 1.

Programme von Freitag bis Montag.

Die Ehe der Fürstin Demidoff! Ein ergreifendes Drama im kriminalistischen Sinne mit der entzückenden Hauptdarstellerin **Lya Mara.**

Der rote Handschuh! 6. letzter und spannendster Teil.

Der Triumph des Wildwestmädels! Monumental-Abenteuer in 6 Akten mit der tollkühn. **Mary Walcamp.**

Geheimbundssklaven! Mysteriöses Drama in 2 Teilen. 1. Teil:

Dinge zwischen Himmel u. Erde Sensations-Drama in 6 Akten mit **Katja Lana** und **Otti Ottera.**

Satans Peitsche! Kriminal-Drama in 6 Akten von Heinrich Ortmann mit der reizenden Darstellerin **Evi Eva.**

Anfang 5 und 7½ Uhr. — Sonntags 3 Uhr.

Der großen und gewaltigen Programme wegen wird gebeten, die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Enteignung von Grundeigentum.

Zur Feststellung der Entschädigung für den zu Siedlungszwecken auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes zu enteignenden, im Grundbuche der Rittergüter Band IV o Blatt 72 des Amtsgerichts Lützen für den **Rittergutsbesitzer Karl Albert Freiherrn von Fritsch in Goddula** eingetragenen Fideikommißbesitz Groß- und Klein-Goddula, sowie für die für denselben Eigentümer im Grundbuche von Goddula-Besta Band I Blatt 21 cb, und von Groß-Goddula Band III Blatt 103 cb Blatt 140 cb und Blatt 148 cb eingetragenen Grundstücke habe ich Termin auf

Montag, den 14. Mai 1923, vormittags 9 Uhr,

im Gasthause zum „Grünen Hof" in Goddula anberaumt.

Alle Beteiligten werden gemäß § 6 des Preußischen Ausführungsgesetzes vom 15 Dezember 1919 zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 in Verbindung mit § 25 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 aufgefordert, ihre Rechte im Termin wahrzunehmen.

Beim Ausbleiben wird ohne ihr Zutun die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung der Entschädigung verfügt werden.

Merseburg, den 3. Mai 1923.

Der Enteignungskommissar.

Dallmer, Oberregierungsrat.

Die Herstellung der Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten sowie der Zimmerarbeiten zum Bau des Empfangsgebäudes mit Güterschuppen auf Bahnhof Rössen (rd. 200 cbm umbauter Raum) soll vergeben werden.

Verdingungshefte können gegen portofreie Bareinsendung von 2400,— ℳ für die Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten und 2850,— ℳ für die Zimmerarbeiten (nicht Briefmarken mit Porto 150 ℳ mehr) von der Reichsbahnbauabteilung Merseburg, Annenstraße 34 bezogen werden. Angebote sind bis **Mittwoch, den 16. Mai 1923, vormittags 11 Uhr** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, nach hier einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Merseburg, d. 1. Mai 1923.

Reichsbahn-Bauabteilung

Versteigerung!

Im freiwilligen Auftrage versteigere ich **Sonnabend, den 5. Mai d. Js.** ab vormittags ½10 Uhr, im Gasthause **„Zur Funkenburg"**, hier, öffentlich meistbietend gegen bar u. a.: Sehr gut erhalt. großes Plüschsofa, 2 rotbraune Plüschsessel, 2 Kleiderschränke, Bettstelle, Kommode mit u. ohne Glasaufsatz, 6 Polst., 2 ovale Tische, ausz. Tisch, Eischrank, 3 gebr. u. 1 neue Bettstelle mit Matratzen, groß. Ecks- und ausz. Spiegel, Regulator, 3 Bilder (u. a. „Frühling", 1×1½), 2 neue elektr. Kronen (3 Brennstellen), seid. Lampenschirm, viele andere Wirtschaftsgegenstände; Damen-, Herren- und Kinderkleidungs- und Wäschestücke; Schuhe; ferner groß. Handwagen (10 Ztr. Tragkr.), Dezimalwaage, groß. Grudeofen, Stoppuhr.

Albert Franke, beeid. Auktionator, Lindenstr. 11.

Stadttheater Halle

Freitag, abds. 7.30 Uhr **Die Königin von Saba.**

Sonnabend, abds. 7.30 Uhr **Wenn Liebe erwacht.**

Philharmonischer Orchesterverein Merseburg E. V.

Das letzte diesjährige Konzert

findet am

Montag, dem 7. Mai für grüne und rote Karten, Dienstag, dem 8. Mai für lila Karten, abends 7¾ Uhr in der Altenburger Turnhalle (Wilhelmstraß.) statt.

Zur Aufführung gelangen:

Ouvertüre zum Märchen von der schönen Melusine von Mendelssohn,

Karfreitagszauber aus Parsifal von Wagner,

7. Symphonie (C-dur) von Schubert.

Diejenigen Mitglieder, welche den beim letzten Konzert erhobenen Umlagebetrag von 300 M noch nicht bezahlt haben, werden gebeten, den Betrag an der Abendkasse zu entrichten. Der Vorstand.

Backöfen für Brot und Kuchen. 3 Größen vorrätig.

Otto Franz, Halle (Saale), Märkerstr.

Zigaretten für Händler! u. Gastwirte!

Goldmj. Bandr. 40,- p. 1000 St. ℳ 32000
„ „ 80,- p. 1000 St. „ 62000
„ „ 100,- p. 1000 St „ 70000

Alles goldgelb reiner Tabak liefert prompt per Nachnahme

Zigaretten-Großhandlung D. Glaser, Leipzig, Neumarkt 12 Tel. 28049.

Lehrling für **Buchdruckerei sofort gesucht.**

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gold Silber, Platin (Bruch), Zahngebisse, Brennstifte, kauft zu höchst. Tagespr. **Holland, Halle-S.** Schülershof 10, v. Markt sichtbar

Gold- Silber-, Platin-Bruch und Gegenstände, sowie **Zahngebisse,** Brennstifte kauft **v. Heeringen, Oelgrube 7.**

Wo finden wir ein Heim?

Wer gibt an Ehepaar ohne Kind, aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen, ein möbl. Zimmer mit Kochgelegenheit gegen gute Bezahlg. ab? Eventl. wird Garten- und Hausarbeit mit verrichtet. Merseburg oder Umgeg. Offert. unt. 442/24 an die Exp. d. Bl.

Junger Kaufmann sucht gegen gute Bezahlung **möbliert. Zimmer** Angebote unt. No. 369/23 an die Expedition d. Bl.

Möbliertes Zimmer von jungem Herrn sofort gesucht. Off unt. D R an die Exped. d. Bl.

Laden evtl. mit Wohnung zu mieten oder **Haus mit Laden** zu kaufen gesucht. Offerten unt. 443/24 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

In gutem Hause sucht ruhiger älterer Herr **möbliertes Zimmer** Gefl Offerten unter C. F. an die Exped. ds. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230503-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 103 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 3. Mai 1923

Wirtschaftspolitik.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskontes um nicht weniger als 50 Prozent hat das Geschäftsleben in neue Unruhen versetzt, nachdem die wilden Devisensprünge bereits Beunruhigung genug geschaffen hatten. Auch diese Maßnahme ist ein Glied aus jener Kette von sprunghaften, teilweise recht widerspruchsvollen Handlungen, für die die Schuld allerdings weniger beim Reichswirtschaftsministerium als beim Reichsfinanzministerium zu suchen ist. Zwar ist zu verstehen, daß die Reichsbank ,um nicht den „Presidabau" zu stören, mit der Heraufsetzung ihres Diskontes lange gewartet hat. Nicht verständlich ist jedoch, daß sie mit einem Male zu einer Erhöhung gegriffen hat, die notwendigerweise den Stabilisierungstendenzen schaden muß. Leider wird unter dieser Maßnahme und den noch kommenden (Kreditein-schränkungen) der reelle Teil von Handel und Gewerbe besonders leiden.

Es ist interessant zu beobachten, wie von einzelnen Stellen versucht wird, die Schuld an den geschehenen und noch kommenden Dingen auf andere abzuwälzen. Sondergerweise wissen sie sogar bis in die höchsten Regierungskreise vorzudringen. So ist z. B. in das Reichsfinanzministerium das Gerücht lanziert worden, daß große Werke des besetzten Gebietes die Kreditbilfe zur Abstoßung von Bankschulden benutzten. Ein mit Namen genanntes bedeutendes Bergbauunternehmen konnte allerdings mit Leichtigkeit nachweisen, daß die Ausstreuungen völlig erfunden waren. Ebenso wurde verbreitet, daß der letzte Marksturz auf umfangreiche Käufe der rheinisch-westfälischen Großindustrie zurückzuführen gewesen sei. Dabei ist Tatsache, daß diese in ihren Devisenbeschaffungen im Interesse der Stabilisierung der Mark weitgehendst zurückgehalten hat, (teilweise wurden in den Stunden stärkerer Devisensteigerungen gerade aus diesen Kreisen alle Devisenaufträge absichtlich vom Markt ferngehalten) trotzdem die Auslandsverpflichtungen der rheinisch-westfälischen Hüttenwerke, z. B. für die Erzversorgung, sehr hoch sind. Ferner seien Gerüchte erwähnt, nach denen im Ruhrgebiet Kreditgelder zu Devisenanschaffungen benutzt worden sein sollten. Auch diese Behauptungen sind falsch. Gegen ihre Richtigkeit spricht schon die Erwägung, daß die Werke des besetzten Gebietes zur Erfüllung ihrer notwendigsten Verpflichtungen (z. B. Lohnzahlungen) derart hohe Kredite, die doch eines Tages zurückzuzahlen sind, haben aufnehmen müssen, daß sie sicherlich keine Neigung haben, ihren Schuldenbestand noch weiter unnötig zu vermehren. Schließlich seien auch noch jene Mutmaßungen erwähnt, die sich an den ungünstigen Ausfall der Dollarschatzanleihe knüpfen. Auch hier hat man versucht, der Industrie des besetzten Gebietes die Schuld zu geben, obwohl diese an ganz anderen Stellen zu suchen ist! Das Beste wäre, wenn das Reichsfinanzministerium einmal Feststellungen über den Kreis der Anleihezeichner treffen und veröffentlichen ließe, damit auch diesen Gerüchten ein für alle Male der Boden entzogen wird.

In Berlin täte man gut daran, den Abwehrkampf an der Ruhr lieber etwas aktiver zu unterstützen, als ihn durch Schwätzereien zu untergraben. In weitesten Kreisen an der Ruhr ist man der Ansicht, daß Berlin dem Ruhrwiderstand mehr schadet als nützt! Dabei sind die Aussichten für ihn nach wie vor günstig. Bezeichnend ist, daß die französische Besatzungsbehörde durch den Düsseldorfer Korrespondenten des „Daily Telegraph" erklären ließ, daß sie die Kohlenverordnung in der von deutscher Seite aufgefaßten Schärfe nicht durchzuführen beabsichtigt. Wichtig ist auch, daß die Pariser „Information" aus Kreisen der französischen Besatzungsarmee zu melden weiß, daß „Frankreich Bergwerke im Ruhrrevier vorfinden würde, die keine Kohle mehr förderten und Koksöfen, die erloschen seien, wenn keine Lösung der Reparationsfrage erfolge." Denn es sei ausgeschlossen, daß Frankreich selbst mit den Koksöfen irgend etwas anfangen könne. Der Transport und die teueren französischen Arbeitskräfte würden die Preise ins Unermeßliche steigern. Zahllose technische Einzelheiten würden das ganze Problem vergiften.

Politische Rundschau

Französische Geheimmethoden.

Sachbeschädigungen, die in der Nacht zum 10. März durch eine erregte Volksmenge in der Dr. Dorten gehörigen Gutenberg-Druckerei in Koblenz vorgenommen worden sind, haben der interalliierten Rheinlandkommission und den französischen Okkupationsbehörden zu einer Reihe schwerer Eingriffe in die deutsche Gerichtshoheit Anlaß gegeben.

Der städtischen Polizei in Koblenz, die sofort die Fahndung der Urheber der Sachbeschädigungen in die Hand genommen hat, war es gelungen, einen Unterprimaner des dortigen Gymnasiums als vermutlichen Mittäter festzunehmen. Entsprechend den Vorschriften der deutschen Strafprozeßordnung wurde er sofort dem Amtsgericht vorgeführt. Der amtierende Richter, Amtsgerichtsrat Rapp vernahm den Vorgeführten, sah aber von dem Erlasse eines Haftbefehles ab, da es nach seiner freien richterlichen Ueberzeugung an den gesetzlichen Voraussetzungen hierfür fehlte. Darauf wurde der über 60 Jahre alte Amtsgerichtsrat Rapp wegen dieser in Ausübung seines Richteramtes getroffenen Entscheidung von französischen Polizeibeamten verhaftet und zwecks Aburteilung vor dem dortigen Kriegsgericht in das Gefängnis nach Zweibrücken geschafft. Ferner wurde der städtische Polizeiinspektor, Schuckardt, der die polizeilichen Ermittlungen geleitet hat, ausgewiesen.

Die französischen Besatzungsstellen, die in vier Gymnasiasten, wohl infolge ihrer Abreise ins unbesetzte Gebiet, die Schuldigen an der Sachbeschädigung erblicken zu können glaubten, übten auf die Eltern der Gymnasiasten den schwersten Druck aus, damit sie ihre Söhne zur Rückkehr in das besetzte Gebiet und zur Gestellung vor die französischen Gerichte veranlaßten. Der Vater des Gymnasiasten B., der dieses Ansinnen ablehnte, wurde daraufhin nebst seiner Familie ausgewiesen. Von dem gleichen Schicksal wurde die Mutter des Gymnasiasten S. betroffen. Nur die Eltern der Gymnasiasten T. und O., die sich stellten, wurden von einer Ausweisung verschont.

In einer Protestnote weist die deutsche Regierung darauf hin, daß zu all diesen Maßnahmen der Interalliierten Rheinlandkommission und der übrigen Besatzungsbehörden jeder Rechtstitel fehlt. Die Gutenberg-Druckerei befindet sich im Besitze von Männern, die sich zwar des mannigfachen Verrates an ihrem deutschen Vaterlande schuldig gemacht haben, aber in gesetzlicher Hinsicht lediglich deutsche Staatsangehörige sind. Infolgedessen handelt es sich bei den in der Druckerei vorgenommenen Sachbeschädigungen um eine rein deutsche Angelegenheit, die zu verfolgen Sache der deutschen Polizei- und Gerichtsbehörden war. Die deutsche Regierung legt gegen den neuesten Rechtsbruch Verwahrung ein.

Die Vergewaltigung des Saargebietes.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, hat Ministerpräsident Poincare sich vor kurzem von dem Vorsitzenden der Regierungskommission im Saargebiet, Rault, über die Genfer Verhandlungen Bericht erstatten lassen. Für den Augenblick, fügt das Blatt hinzu, habe die Regierungskommission Handlungsfreiheit, und sie werde von ihr nach besten Kräften Gebrauch machen, um die „Treibereien der Alldeutschen und der Berliner Agenten" zu unterdrücken. Das enge Zusammenhalten des französischen, des belgischen und des dänischen Kommissars ließen die Annahme berechtigt erscheinen, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen wurden. Die Pflicht der Regierungskommission sei völlig klar, es stehe dem Völkerbunde nicht zu, sie an der Erfüllung ihrer Mission oder auch nur in ihren Bewegungen zu hindern. Wenn ihr die Bestimmungen des Friedensvertrages in diesem Punkte so wenig bekannt wären, hätte die französische Regierung die Pflicht, selbst über die Wahrung der ihr zuerkannten Rechte zu wachen.

Diese offensichtlich inspirierten Bemerkungen des „Echo de Paris", daß der Völkerbund seinem eigenen Organ, der Regierungskommission in Saarbrücken, im letzten Grunde gar nichts zu sagen habe, und daß Frankreich, wenn es ihm gut dünke, im Saargebiet zur Selbsthilfe schreiten werde, können wir nur als äußerst wertvolles Eingeständnis buchen. Der Völkerbundsbeauftragte Rault zieht aus Genf, wo nicht alles nach seinem Willen gegangen ist, nach Paris und holt sich gehorsam weitere Instruktionen von Herrn Poincare. So sieht die treuhänderische Verwaltung des Völkerbundes aus.

Offensive gegen Brieftauben.

Gelsenkirchen, 1. Mai. Am 22. April fuhren zwei Mitglieder eines Brieftaubenvereins aus Rotthausen mit 43 Brieftauben nach Herne, um diese dort an einem Wett-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230503-17/fragment/page=0005

fliegen teilnehmen zu lassen. Die beiden Herren sind von dieser Reise nicht mehr zurückgekehrt. Wie sich jetzt herausstellt, sind sie von den Franzosen verhaftet und nach Recklinghausen gebracht worden. Die Brieftauben wurden beschlagnahmt.

Poilus und Diebe im Bunde.

Aus dem besetzten Gebiet wird geschrieben:

Auf dem Verschiebebahnhof Osterfeld, der von französischen Truppen besetzt ist, stehen Hunderte von Wagen mit wertvollen Gütern. Diese Wagen wurden seit Wochen planmäßig von Leuten aus der Kolonie Vondern in Osterfeld beraubt, und zwar unter dem Schutze der französischen Soldaten, die teilweise sogar bei den Diebstählen behilflich waren. Die Kolonie Vondern liegt direkt am Bahnhof und die Soldaten verkehren ständig bei vielen zweifelhaften Familien. Hier hielten sie bis spät in die Nacht hinein Zechgelage ab und die Weiber vergnügten sich mit den Franzosen. Die Diebstähle auf der Eisenbahn wurden von den männlichen Personen dieser zweifelhaften Familien ausgeführt.

Im Laufe der vorigen Woche schritt nun die Kriminalpolizei Osterfeld ein. Sie beschlagnahmte einen großen Teil der gestohlenen Güter im Gesamtwerte von etwa einer halben Milliarde Mark und nahm einzelne Täter fest.

An den Durchsuchungen und Festnahmen beteiligte sich auch ein Kriminalbetriebsassistent, der in der Kolonie eine Dienstwohnung inne hatte. Die Frauen der eingesperrten Männer wandten sich nun an ihre befreundeten Franzosen, die dann nachts schwer bewaffnet mit einer großen Horde junger Burschen aus der Kolonie vor die Wohnung des Kriminalbeamten zogen und dort sämtliche Fensterscheiben einschlugen. Die Horde drang in das Haus des Beamten ein, und dieser wurde von den Franzosen so blutig geschlagen, daß er bewußtlos am Boden liegen blieb. Erst auf das Bitten der Frau des Beamten ließen die Franzosen und die „deutschen" Burschen von ihrem Opfer ab. Die Verletzungen haben den Beamten zur Zeit dienstunfähig gemacht. Die Burschen zogen dann mit den Franzosen zum Polizeigefängnis und befreiten dort die festgehaltenen Diebe. An dieser Aktion haben sich auch einige Weiber beteiligt.

Die farbigen Bestien in Trier.

Ein gelegentlicher Mitarbeiter im Rheinland schreibt der „Hall. Ztg.":

Vor mir liegen amtliche Protokolle, wochenweise geordnet. Ich greife eine beliebige Woche heraus, und entnehme daraus einen Teil, etwa den fünften Teil, der mittelbaren Fälle von Gewalttat, der die Bevölkerung des alten Trier ausgesetzt ist, seit berittene Spahis und Marokkaner hier ein Schreckensregiment führen. Diese braunen Tiere gieren nach den blonden, helläugigen Moselmädchen.

Am 11. Februar überfielen in Trier zwei Spahis mit gezogenem Seitengewehr den Werkmeister H. und seine Ehefrau in der Absicht, die Frau H. zu vergewaltigen. Als der Versuch mißlang, raubten sie die Handtasche der Frau.

Am 13. Februar überfielen in Trier zwei Spahis die fünfzehnjährige Wilhelmine B. und schleppten das Kind mit Gewalt bis an die Eisenbrücke am Kaiserpalast. Die aufgeregte Bevölkerung befreite das Kind und verhinderte so das beabsichtigte Verbrechen.

Die achtzehnjährige Arbeiterin Susanne M. aus Trier war am 16. Februar mit anderen Frauen im Weinberg des Rittergutsbesitzers v. Nell beschäftigt. Während der Mittagspause sprang ein Soldat auf sie zu, hielt ihr die Hände fest und versuchte sie nach einer Eisenbahnböschung zu schleppen. Auf die Hilferufe der M. eilten Frauen herbei, die der Soldat mit dem Gewehr bedrohte.

Der Chauffeur L. und seine Braut Johanna A., beide aus Trier, wurden am 16. Februar an der Eisenbahnbrücke Löwenbrückenstraße von farbigen französischen Soldaten überfallen. Den jungen Mann mißhandelten die Schwarzen und verjagten ihn, während sie dann versuchten, das Mädchen zu mißbrauchen. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen ließen sie ihr Opfer frei.

Am 18. Februar abends wurde in einer Straße Triers das Ehepaar W. aus Trier von Spahis überfallen. Der Ueberfall geschah in der Absicht, die Ehefrau des W. zu vergewaltigen. Da dies nicht gelang, entriß ihr ein Spahi die Handtasche, in der sich nebst anderen Gegenständen 7000 Mark befanden.

In Saarburg bei Trier belästigten Angehörige der französischen Brückenwache am 13. und 14. Februar wiederholt Frauen und Mädchen mit unsittlichen Anträgen, zum Teil unter Gewalt und Mißhandlungen.

Der Arbeiter Johann G. aus Kürenz befand sich am Morgen des 11. Februar auf dem Wege nach seiner Arbeitsstätte in Trier. Vor dem Tore der Jägerkaserne in der Ruwerstraße versuchte ein Spahi unter Bedrohung mit dem Gewehr den G. zum widernatürlichen Verkehr zu zwingen. G. widersetzte sich und konnte fliehen.

Die deutschen Behörden haben in allen Fällen Anzeige bei den Franzosen erstattet. Nicht ein einziges Mal wurden sie einer Antwort gewürdigt. Wehrlos, schutzlos und rechtlos ist die Bevölkerung der farbigen Soldateska ausgeliefert. Unsere einzige Hoffnung ist ein starkes Berlin, ein starkes Deutschland, das nicht um Haaresbreite nachgibt, bis der letzte Franzose hinaus ist.

Ein recht geeigneter Polizeipräsident.

Dresden, 1. Mai. Das Gesamtministerium hat zum Präsidenten der Staatspolizeiverwaltung den bisherigen Dresdener Polizeipräsidenten Dr. Thomas, und zu seinem Nachfolger als Präsidenten den Landtagsabgeordneten Bernhardt Menke ernannt. Menke steht auf dem linken Flügel der V.S.P.D. und gehörte früher der U.S.P.D. an. In den Revolutionstagen nahm er eine führende Stellung ein. Während des Krieges wurde Menke wegen Vergehens gegen die Militärgesetze zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus Provinz und Reich

Buchhändlertagung in Leipzig.

Leipzig, 30. April. Der Börsenverein Deutscher Buchhändler hielt am Sonntag in Leipzig seine Hauptversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vorsitzende an die Versammlung einen Appell zur Unterstützung der Kämpfer an Rhein und Ruhr. Die Verhandlungen befaßten sich und er Hauptsache mit den Fragen des Grund- und Schlüsselzahlsystems, dessen weiterer Ausbau in einem Ausschuß beraten werden soll.

Dritte Gardisten!

Berlin ,1. Mai. Die Einweihung des Denkmals für die Gefallenen findet am Sonntag, dem 6. Mai in Döberitz statt . Anmeldungen zur Teilnahme sind an Kamerad Uthke, Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 9, Beiträge zu den Kosten des Denkmals an die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse, Berlin, Postscheck-Konto 3172, mit der Bezeichnung „Denkmal 3. Garde-Regiment" zu senden. Es wird erwartet, daß recht viele Kameraden durch ihr Erscheinen zur Denkmalsweihe zum Gelingen der Feier beitragen werden.

In einem Monat 350 Millionen Mark erschwindelt.

Berlin, 1. Mai. In einem Geschäftshause in der Luisenstraße eröffnete vor etwa einem Monte als angeblicher Vertreter einer großen Breslauer Firma Karl Schindler ein großzügiges Bureau. Er engagierte eine Anzahl Angestellte, mietete sich ein Privotauto für 300 000 Mark pro Tag und trat für seine vermeintliche Breslauer Firma mit zahlreichen Geschäftshäusern in Verbindung, bei denen er die verschiedensten Waren, besonders Textilwaren, aufkaufte. Als Ausweis zeigte er Telegramme vor, nach denen ihm auf sein Berliner Bankkonto große Geldbeträge überwiesen worden seien. Die Bezahlung erfolgte stets durch Scheck oder Wechsel. Seit einigen Tagen ist der „Herr Vertreter" plötzlich verschwunden und die Berliner Kriminalpolizei konnte inzwischen feststellen, daß er die angekauften Waren entweder gleich wieder weiter verkauft oder mit starken Bankkrediten belastet hatte. Diese Wechsel und Schecks aber stellten sich als wertlos heraus. Trotz der kurzen Zeit seiner Tätigkeit hatte er es fertig gebracht, etwa insgesamt 350 Millionen Mark zu ergaunern. Neben dem Hotel, dem er Rechnung schuldig blieb, trauert auch seine Geliebte, die er bei seiner plötzlichen Abreise ohne Mittel im Stiche ließ, um ihren „zahlungsfähigen Kavalier".

In vier Tagen zwei Millionen Mark durchgebracht.

Berlin, 1. Mai. In den Cafes und Konditoreien „Unter den Linden" fielen Berliner Kriminalbeamte zwei junge Männer durch große Geldausgaben auf. Die Ermittlungen ergaben, daß sie Mädchen, mit denen sie verkehrten, erzählt hatten, ihr Geld stamme von Platinschiebungen, die ihnen viele Millionen Mark eingebracht hätten. Die Beobachtungen veranlaßten endlich die Beamten, die beiden in einem Hotel am Zirkus festzunehmen. Sie fanden dort zwar kein Platin, aber andere Sachen, die über die Quelle des Reichtums Aufschluß gaben. Unter den Papieren lag u. a. eine Quittung über einen Scheck von zwei Millionen, der bei einer Großbank in Zahlung gegeben, aber noch nicht ausgezahlt worden war. Er lautete auf eine Firma in Pforzheim. Die Bank hatte sich vorbehalten, dort erst Erkundigungen einzuziehen. Es ergab sich, daß einer der beiden jungen Männern, die man, weil sie ganz genau gleich gekleidet gingen und sich auch ähnlich sehen, für Brüder gehalten hatte, ein gewisser Bruno Velten, in dem Geschäft in Pforzheim mit der Führung der Lohnbücher betraut gewesen war. Er hatte zuletzt einen großen Betrag bei einer Pforzheimer Bank erhoben und auch abgeliefert, diese Gelegenheit aber benutzt, einige Scheckformulare zu stehlen. Auf einen gefälschten Scheck hatte er zwei Millionen Mark erhoben und war dann mit seinem Freunde Ernst Licht nach Berlin gefahren, wo sie diese Summe in vier Tagen durchgebracht hatten. Jetzt hatte Velten einen zweiten Scheck ausgefüllt, um auf der Bank neues Geld zu erhalten. Die Verhafteten wurden zunächst dem Untersuchungsrichter vorgeführt und werden nach Pforzheim zurückgebracht werden.

Certan
vernichtet Wanzen
tötet Ungeziefer bei Haustieren.
Erhältlich Apotheken, Drogerien usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230503-17/fragment/page=0006